

DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum, 44777 Bochum

Oberbürgermeister  
Herr Thomas Eiskirch

Rathaus, Zi. 49  
Willy-Brandt-Platz 2-6  
D-44777 Bochum

Telefon: 0234 – 910 1295  
Fax: 0234 – 910 1297  
eMail: linksfraktion@bochum.de  
Internet: linksfraktionbochum.de

Bochum, den 16.06.2016

### **Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Rat der Stadt Bochum**

zur Sitzung des Rates am 30. Juni 2016

#### **Einschränkung der Grundrechte auf Meinungs- und der Pressefreiheit durch die Stadt Bochum**

Im Zusammenhang mit dem Konflikt um die Verlegung von Geflüchteten aus der Turnhallen-Unterkunft an der Querenburger Straße in die Industriezelte an der Kollegstraße haben Medien berichtet: Der Leiter der operativen Flüchtlingsarbeit der Stadt, Dirk Hagebölling, habe von Ehrenamtlichen und von den Geflüchteten verlangt, Presse und Öffentlichkeit nicht über Verlauf und Ergebnisse der Gespräche mit der Stadt zu informieren. Weiter heißt es, er soll damit gedroht haben, dass städtische Zusagen hinfällig würden, wenn Ehrenamtliche oder Geflüchtete gegenüber der Presse von ihrem Recht auf freie Rede Gebrauch machen. (Siehe Anlage)

#### **Dazu fragt die Linksfraktion an:**

1. Wie steht die Stadt Bochum zu den Grundrechten auf Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit?
2. Ist zutreffend, dass der Leiter der operativen Flüchtlingsarbeit Ehrenamtlichen und Geflüchteten mit Nachteilen für die Geflüchteten gedroht hat, sollten sie sich gegenüber der Presse zu oben genannten Punkten äußern?
3. Wenn ja, wie bewertet die Stadt Bochum diese Drohung?
4. Wie gedenkt die Stadt Bochum dafür Sorge zu tragen, dass es zukünftig nicht mehr zu solchen faktischen Einschränkungen der Meinungs- und Äußerungsfreiheit kommt? Wie will sie dafür Sorge tragen, dass die Arbeit der Presse zukünftig nicht mehr durch städtische Drohungen behindert wird, die zur Folge haben sollen, dass Journalist\*innen bei einem Konflikt mit der Stadt von einer zentralen Konfliktpartei keine Statements bekommen?

Wir bitten darum, dass die Antwort auf diese Anfrage auch dem Ausschuss für Arbeit Gesundheit und Soziales mitgeteilt wird.

Sevim Sarialtun / Ralf-D. Lange  
Fraktionsvorsitzende

FdR: Amid Rabieh

Anlage:

### **Zitate aus der Presseberichterstattung**

„Die Stadt wollte vor der Kamera keine Stellungnahme abgeben und untersagte auch den Helfern der Flüchtlinge sich zu dem Fall zu äußern.“ (WDR Lokalzeit Ruhr, 10.06.2016)

„Sowohl die Geflüchteten als auch die UnterstützerInnen vor Ort geben trotz mehrmaliger Nachfragen keine Informationen über den Verlauf der Gespräche mit der Stadt. Das ist ungewöhnlich. Bisher haben die aktiven Refugees und auch die UnterstützerInnen sehr offen, ehrlich und transparent über alle Ereignisse informiert. Das erweckt den Eindruck, dass die Stadt Bochum die Aktiven bedroht hat, dass es stark negative Konsequenzen hat, wenn sie von ihrem Grundrecht auf freie Rede und auf Meinungsfreiheit Gebrauch machen. Sollte sich dieser Eindruck bestätigen, ist das ein weiterer Skandal und auch eine empfindliche Einschränkung der Pressefreiheit.“ (bo-alternativ.de, 10.06.2016)

„Über Details der Gespräche zwischen Stadt und Flüchtlingen wurde am Freitag nichts bekannt. Die Unterstützer der Flüchtlinge machten dazu keine Angaben, weil die Stadt angekündigt habe, dass sonst alle Absprachen hinfällig seien. Die Stadt bestätigte so ein Redeverbot aber nicht.“ (Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 11.06.2016)

„Wie Dirk Hageböling, Ansprechpartner der Stadt für die Koordinierung der Flüchtlingsarbeit betont, habe man darum gebeten, dass die Geflüchteten mit den erreichten Zugeständnissen nicht an die Medien treten sollen. Ansonsten seien weitere Protestaktionen in anderen Flüchtlingsunterkünften zu befürchten.“ (Bochumer Stadt- und Studierendenzeitung, 13.06.2016)